

Präsidium und Hauptausschuss neu gewählt

Turnusgemäß wählten die Delegierten auf dieser BDV das Präsidium und die Mitglieder des Hauptausschusses. Die nächsten vier Jahre werden Ulrich Hoffmann (AKF) als Präsident, Gisela Rink (LV Saarland) als Vizepräsidentin, Dr. Hubert Wissing (Kolpingwerk) als Vizepräsident, sowie Maria Blumenröhr (DV Paderborn), Marie-Theres Wenzel (DV Erfurt) und Bernhard Witte (AKF) als Beisitzer*innen den Familienbund leiten. Erzbischof Dr. Heiner Koch wurde in seinem Amt als geistlicher Begleiter bestätigt.

Der Hauptausschuss ist das wichtigste Entscheidungsgremium zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen. Seine Mitglieder genehmigen den Jahresabschluss und verabschieden den Etat des Verbandes.

PRÄSIDIUM



Dr. Hubert Wissing, Ulrich Hoffmann, Gisela Rink



Bernhard Witte, Marie-Theres Wenzel, Maria Blumenröhr

Fotos: Cathy Schneider

HAUPTAUSSCHUSS

Die Delegierten wählen

als ordentliche Mitglieder für die Diözesanverbände (DV):

Andrea Schütt, DV Paderborn
Michael Hagedorn, DV Freiburg
Christiane Kömm, DV Bamberg
Dagmar Heib, DV Trier
Manfred Köhler, DV Würzburg
Peter Klösener, DV Osnabrück
Johannes Döring, DV Erfurt
Sigrun Jäger-Klodwig, DV Münster
Dr. Stephan Pschera, DV Dresden-Meißen und Görlitz
Stephan Weidner, DV Mainz

als stellvertretende Mitglieder für die Diözesanverbände:

Elmar Dransfeld, DV Paderborn
Beate Gröne, DV Rottenburg-Stuttgart
Hildegard Weber, DV Trier
Ingo Klaus, DV Würzburg
Alfons Gierse, DV Oldenburg
Sabina Lenow, DV Magdeburg
Bettina Weise, FDK Kolping Köln
Martin Raschke, DV Dresden-Meißen und Görlitz
Stefanie Wahl, DV Fulda
Vijay Monteiro, DV Bamberg

als ordentliche Mitglieder für die Mitgliedsverbände (MV):

Annette Seier, KAB
Petra Löwenbrück, kfd
Dr. Heide Mertens, SKF
Tim Schlotmann, Kolpingwerk Deutschland
Aline Gehrt, AKF
Max Große-Hündfeld, ND-KMF

als stellvertretende Mitglieder für die Mitgliedsverbände: (MV)

Martin Weimer, KAB
Renate Jachmann-Willmer, SkF
Heinz Kues, ND
Franziska Kindl-Feil, AKF
Christina Borchert, KAFE

Beschluss der 138. Bundesdelegiertenversammlung des Familienbundes der Katholiken vom 13. November 2022.

Der Familienbund befasst sich auf Bundesebene inhaltlich mit dem Thema der „Klimagerechtigkeit“, verbunden mit der Aufgabe einer Positionierung des Verbandes und berichtet in 12 Monaten.

Ziel ist es, die verschiedenen Aspekte Ökologie/ Klimaschutz und soziale/gesellschaftspolitische Entwicklungen in der Perspektive der Generationengerechtigkeit, der globalen Verantwortung und Nachhaltigkeit zusammenzudenken und ein Positionspapier mit einem konkreten Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, das als Grundlage für das zukünftige Wirken des Verbandes und für politisches und anwaltliches Handeln dienen soll.

BEGRÜNDUNG:

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert haben Menschen des globalen Nordens damit begonnen, fossile Energien, also Kohle, Öl und Gas zu verbrennen. Dadurch wurden enorme Mengen an CO₂-Äquivalenten, also Treibhausgasen freigesetzt und der menschengemachte Klimawandel angestoßen.

Der Klimawandel belastet gesellschaftliche Gruppen und Generationen unterschiedlich stark. So wohnen zum Beispiel Menschen mit einem geringen Einkommen häufiger in schlecht gedämmten Wohnungen und sind somit Extremtemperaturen sowie steigenden Energiepreisen stärker ausgesetzt, was gesundheitliche und finanzielle Folgen nach sich zieht. Besonders stark leiden kleine Kinder und ältere Menschen unter der großen Hitze. Zusätzlich sind Menschen mit verschiedenen Einschränkungen bei Umweltkatastrophen besonders gefährdet. Die Folgen des Klimawandels sind vielfältig und bedrohlich und schaffen zusätzliche Ungerechtigkeiten: innerhalb unserer Gesellschaft von heute, aber vor allem für unsere Kinder und Enkel.

Als gesellschaftspolitischer Akteur, dem das Wohl der Familien am Herzen liegt und der sich um das Erbe an die Kinder- und Enkelgeneration sorgt, muss sich der Familienbund der Katholiken diesem Thema stellen und seine Position dazu formulieren.

Denn der Klimawandel stellt den Familienbund vor eine sehr ambivalente Herausforderung:

So tritt der Familienbund von seinem Selbstverständnis her dafür ein, dass Familienleben in Gesellschaft, Kirche und Staat gelingen kann. Er setzt sich insbesondere dafür ein, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation von Familien zu sichern und ihre Benachteiligungen in der Gesellschaft zu beseitigen (Art. I Bundesstatut). Zugleich ist es dem Verband ein Anliegen, dass die nachwachsende Generation eine lebenswerte Zukunft hat. Diese beiden Anliegen verursachen zunehmende Zielkonflikte, je stärker der Klimawandel voranschreitet.

Konkret: Eine lebenswerte Zukunft für Familien und ihre Nachkommen ist nur möglich, wenn wir dazu beitragen, den menschengemachten Klimawandel zu bremsen, Energie zu sparen und Ressourcen zu schonen – steigende Energiepreise etwa sind dafür ein klares Signal.

Gleichzeitig bedeuten sie eine große Belastung für Familien, besonders im Niedrigeinkommensbereich. Daher müssen Klimaschutz-Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie sozial gerecht sind und den Familien, trotz Folgen des Klimawandels und daraus resultierender Einschränkungen, ein lebenswertes Leben möglich ist.

In dieser Ambivalenz ist der Familienbund als Anwalt für Familien beauftragt, gut abzuwägen und sein politisches Wirken sowohl an den Erfordernissen des Klimaschutzes auszurichten – Stichwort lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkel – als auch am Paradigma der sozialen Gerechtigkeit – Stichwort sozial gerechte Familienpolitik heute.

Um diesem Auftrag gerecht zu werden, ist es notwendig, dass sich der Familienbund auf Bundesebene mit dem Thema „Klimagerechtigkeit“ befasst und eine Positionierung des Verbandes herbeiführt.

MEHRKINDFAMILIEN ERBRINGEN BESONDERE LEISTUNGEN FÜR DIE GESELLSCHAFT

Nicht nur Armut ist ein Thema für Mehrkindfamilien, auch fehlende Anerkennung gehört dazu. Das zeigen die Ergebnisse der Bertelsmann Studie „Mehrkindfamilien gerecht werden“.

Berlin, 10. November 2022 – Um Mehrkindfamilien in schwierigen Lebenslagen besser unterstützen zu können, braucht es eine Sensibilisierung gegenüber falschen Vorurteilen und ungerechtfertigter Stigmatisierung sowie die Anerkennung ihrer besonderen Leistungen für die Gesellschaft, insbesondere auch finanziell.

„Diese Studie ist ein großer Gewinn. Sie schließt eine Forschungslücke und zeigt in ihrer Vielstimmigkeit die Vielfalt, die Herausforderungen, die Not, aber eben auch das Glück der Mehrkindfamilien“ so Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken. Die Ergebnisse der Studie der Bertelsmann Stiftung zu „Alltag und Bedarfen von Mehrkindfamilien“ heben die besonderen Leistungen dieser Familien, insbesondere als Leistungsträger des sozialstaatlichen Generationenvertrages hervor. Zudem zeigen die Ergebnisse die Bedarfe auf: materielle wie größeren Wohnraum, strukturelle wie familienfreundliche Arbeitgeber, und psychosoziale wie gesellschaftliche Anerkennung. Die Probleme, vor denen Familien heute vielfach stehen, kumulieren sich bei Mehrkindfamilien. Diese knapp 16 % aller Familien, erfahren die Herausforderungen der Zeit, wirtschaftliche, pandemische und gesellschaftliche in besonderem Maße.

Auf dieser Grundlage fordert der Familienbund, angepasst an die Bedarfe dieser Familien konkretes politisches Handeln folgen zu lassen. Dazu Ulrich Hoffmann: „Der Familienbund der Katholiken unterstützt das Anliegen, diese Familien über eine Erhöhung und Bündelung der familienpolitischen Leistungen bedarfsgerecht zu unterstützen. Zudem muss es bei den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen einen Kinderfreibetrag in angemessener Höhe geben, der die gesteigerte Belastung durch die Unterhaltungspflichten für mehrere Kinder anerkennt.“

Aus Sicht des Familienbundes sind Mehrkindfamilien in der Politik oft nicht ausreichend im Blick. „Gerade jetzt, wo die besondere Mehrkindförderung beim Kindergeld wegfällt, sollte an anderer Stelle ein entsprechender finanzieller Ausgleich erfolgen, auch als Anerkennung der großen Leistungen für die Gesellschaft“, erklärte Ulrich Hoffmann. „Das wäre auch ein wichtiger Beitrag gegen Armut von Mehrkindfamilien. Denn auch die hohe Armutsgefährdung, die ein Drittel dieser Familien betrifft, wird in der Studie dargelegt.“ Die Zahlen der Studie belegen, dass das Armutsrisiko mit der Anzahl der Kinder steigt: „Deutschlandweit gelten 31,6 Prozent der

Paarfamilien mit drei und mehr Kindern als einkommensarm, 17,7 Prozent beziehen SGB II-Leistungen. Von den alleinerziehenden Familien mit drei und mehr Kindern sind 86,2 Prozent auf SGB II-Leistungen angewiesen.“ Ein weiteres Thema der Studie ist die die knappe Ressource Zeit. „Hier könnte die Idee der atmenden Lebensläufe für Entlastung sorgen: Optionszeiten, die über den gesamten Lebensverlauf Reduzierungen und Ausweitungen der Erwerbsarbeit ermöglichen und die Familien in die Lage versetzen, ihre wichtigen Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen“, begründete Hoffmann abschließend.

JEDES FÜNFTES KIND IN DEUTSCHLAND WÄCHST IN ARMUT AUF: DER FAMILIENBUND FORDERT IN EINEM BREITEN BÜNDNIS MEHR GELD FÜR DIE BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT

Verbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und namhafte Unterstützer*innen fordern die Bundespolitik dazu auf, Kinderarmut entschieden zu bekämpfen und die dafür notwendigen Mittel im Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Dabei müssen soziale Infrastruktur und monetäre Leistungen ineinandergreifen.

Berlin, 15. November 2022 – Die unterzeichnenden Organisationen des Ratschlag Kinderarmut fordern in ihrer gemeinsamen Erklärung „Solidarität mit armutsbetroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien – besonders in der Inflationskrise!“, Armutslagen von jungen Menschen nicht länger hinzunehmen, sondern endlich das nötige Geld in die Hand zu nehmen, um ihnen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen.

In unserem reichen Land ist inzwischen mehr als jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Konkret bedeutet das für die betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht nur eine unzureichende Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs, sondern auch geringere Bildungschancen und weniger Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Nachdem sich diese Problemlagen durch die Coronapandemie verschärft haben, drohen nun mit den aktuellen Preissteigerungen zusätzliche Einschränkungen im Alltag, besonders für Familien mit geringen Einkommen.

In der Erklärung fordern die unterzeichnenden Organisationen die Politik daher dazu auf, die Interessen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen endlich in den Mittelpunkt zu rücken und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Gerade angesichts der steigenden Preise, die für viele Privathaushalte und soziale Einrichtungen schwer zu stemmen sind, darf jetzt nicht am falschen Ende gespart werden. Es ist unsere Aufgabe, die Lebensgrundlage und die Ansprüche von Kindern und Jugendlichen zu sichern! Die gemeinsame

Erklärung basiert auf dem Wissen, dass für eine erfolgreiche Ar-mutsbekämpfung monetäre Leistungen und Investitionen in die Infrastruktur nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Für ein Aufwachsen in Wohlergehen benötigen Kinder und Jugendliche beides: eine auskömmliche finanzielle Absicherung und eine gut ausgebaut soziale Infrastruktur, durch die alle Kinder und Jugendlichen dazu befähigt werden, ihre Potenziale und Talente zu entwickeln.

KOMPROMISS ZUM BÜRGERGELD: NOTWENDIGER INFLATIONS-AUSGLEICH, ABER KEIN WIRKLICHER SCHRITT GEGEN ARMUT

Berlin, 25. November 2022 – Der Familienbund der Katholiken begrüßt, dass Bundestag und Bundesrat heute den Weg zum neuen Bürgergeld freimachen. Dass die geplante Anhebung der Regelsätze zum 1. Januar 2023 in Kraft treten kann, ist dringend notwendig, um wenigstens die Folgen der aktuellen Inflation auszugleichen. Eigentlich wäre aus Sicht des Familienbundes eine komplette Neuberechnung der Regelbedarfe erforderlich. Die als Kompromiss vorgesehene Reduzierung des Schonvermögens ist akzeptabel. Dass die sechsmonatige Vertrauenszeit und ein Jahr Karenzzeit gekürzt wurden, bedauert der Familienbund.

„Positiv am gefundenen Kompromiss ist, dass viele Punkte erhalten geblieben sind, die den neuen Charakter des Bürgergelds zeigen. Andererseits handelt es sich nur um einen kleinen Schritt in Richtung einer ‚bedeutenden sozialpolitischen Reform‘, denn finanziell wird den Armutsbetroffenen kaum geholfen“, erklärte Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken.

Der Familienbund hält den neuen Geist des Bürgergeldes für richtig: Anreize und Hilfe statt Demotivation, Weiterbildung statt schnellstmöglicher Vermittlung in prekäre Jobs. „Neben der Karenzzeit und dem Qualifikationsvorrang ist auch die Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes ein wichtiger Ansatz, um Perspektiven zu vermitteln“, führte Hoffmann weiter aus. Dass die sechsmonatige Vertrauenszeit gestrichen wurde, bedauert er: „Die sanktionsfreie Vertrauenszeit hätte aus meiner Sicht das Beratungsverhältnis gestärkt.“

Die geplante Erhöhung der Regelsätze um maximal 53 Euro hält der Familienbund für nicht ausreichend. Bei einer realistischeren Berechnung läge das Existenzminimum deutlich höher. Bereits vor der Inflationkrise hat der Familienbund eine notwendige Erhöhung der Regelsätze um mindestens 80 Euro gefordert. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts müssen die Regelsätze neben der Existenzsicherung auch hinreichende soziale Teilhabe ermöglichen.

„Gut ist, dass die Altersvorsorge nicht entwertet, sondern geschont wird und dass das selbstgenutzte Wohneigentum eine neue Härtefallregelung bekommen hat“, ergänzte Hoffmann.

Ein selbstgenutztes Haus bis zu 140 Quadratmetern oder eine selbstgenutzte Eigentumswohnung von bis zu 130 Quadratmetern werden im neuen Gesetz zum Schonvermögen gezählt. Bei Mietern werden die Mietkosten in der einjährigen Karenzzeit in voller Höhe übernommen. Familien können so in ihrem gewohnten Umfeld bleiben und sich darauf konzentrieren, eine neue Arbeit zu finden. Hoffmann erklärte: „Es ist eine Überlastung der Familien, wenn sie in der Krisensituation der Arbeitslosigkeit neben der Arbeitssuche auf dem aktuell sehr angespannten Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen und einen Kita- und Schulwechsel für die Kinder vorbereiten müssen.“ Der Familienbund begrüßt, dass es ein gemeinsames Anliegen aller Beteiligten ist, dass Arbeit sich auch in Zukunft lohnt. Wer arbeitet, muss mehr Geld erhalten als in der Grundsicherung. Um das zu gewährleisten, sollte in erster Linie der Niedriglohnbereich selbst in den Blick genommen werden. Der Familienbund hält es nicht für ein beruhigendes Ergebnis, wenn nach einem Vollzeitjob und dem Bezug von komplizierten Sozialleistungen (Kinderzuschlag, Wohngeld) nach Abzug von Steuern und Abgaben nur wenige hundert Euro über der Grundsicherung übrigbleiben. Hier müssen die Löhne und Sozialversicherungsbeiträge in den Blick genommen werden. Bei Familien hält der Familienbund in der Renten-, der Kranken- und der Pflegeversicherung einen Kinderfreibetrag analog zum Steuerrecht für richtig, der die Leistungen der Familien für den Generationenvertrag anerkennt.

SAVE THE DATE

THEMENTREFFPUNKT „SYNODALER WEG“ MIT ULRICH HOFFMANN

Dienstag, 7. Februar 2023, 16:00 – 17:30 Uhr – online

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) tragen gemeinsam die Verantwortung für den "Synodalen Weg". Laien, Bischöfe, Priester und Ordensleute sprechen über Macht in der Kirche, Liebe in Sexualität und Partnerschaft sowie die Situation katholischer Priester und Frauen in der Kirche. Der Weg wird einerseits von allerlei Skepsis und Ängsten begleitet – nicht nur aus Rom –, andererseits von viel Hoffnung und Erwartung. Welche Reformvorschläge liegen konkret auf dem Tisch, welche sind bereits verabschiedet und was geschieht mit diesen? Wie erfolgversprechend ist das Engagement der Delegierten? Kann der "Synodale Weg" in den Kirchengemeinden und bei den Gläubigen etwas bewirken? Was bedeutet der „Synodale Weg“ für den Familienbund?

Alle am Synodalen Weg Interessierten sind herzlich eingeladen. Falls Sie der Teilnahme-Link für die Videokonferenz nicht per E-Mail erreichen sollte, können Sie diesen erhalten über: info@familienbund.org. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

RESOLUTION DER FAFCE-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Unbezahlte Sorgearbeit von Familien: das Herzstück der intergenerationalen Solidarität

Die Europäische Kommission hat kürzlich eine Europäische Care-Strategie vorgestellt. In ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Union hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärt, dass es „an der Zeit ist, die Solidarität zwischen den Generationen in unseren Verträgen zu verankern“. Die Föderation der katholischen Familienverbände in Europa (FAFCE) erinnert daran, dass die unbezahlte Sorgearbeit der Familien das Herzstück der Solidarität zwischen den Generationen und der Zukunft von Europa ist. Sie weist darauf hin, dass der Beitrag der Familien die Vorbedingung jeglicher nachhaltiger Entwicklung darstellt.

Angesichts des Vorschlages für eine Ratsempfehlung, den die Europäische Kommission am 6. September 2022 veröffentlicht hat und der eine Überarbeitung der EU-Ziele hinsichtlich der frühen Bildung und Betreuung, auch „Barcelona-Ziele“ (2002) genannt, enthält;

in Erinnerung an die Vereinbarkeitsrichtlinie aus dem Jahr 2019, in Kraft seit dem 2. August 2022, die folgende Maßnahmen einführt: für jeden Elternteil eine Elternzeit von vier Monaten, von denen zwei Monate vergütet und nicht auf den anderen Elternteil übertragbar sind; zehn Arbeitstage Vaterschaftsurlaub im Zeitraum der Geburt des Kindes; fünf Tage Pflegeurlaub pro Jahr; und das Recht, flexible Arbeitsbedingungen zu beantragen;

in Erinnerung an die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. April 2021 zur Europäischen Garantie für Kinder, welche auffordert, „für einen strategischen und umfassenden Ansatz zur Umsetzung der Garantie für Kinder durch angemessene Strategien und Ressourcen zu sorgen, unter anderem durch Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt, zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern oder Vormunde und Einkommensbeihilfen für Familien und Haushalte“;

beschließt die Föderation der katholischen Familienverbände in Europa (FAFCE) zum Vorschlag der Europäischen Kommission, die institutionelle Kinderbetreuung in Europa auszubauen, mit dem Ziel, dass bis 2030 die Hälfte der Kinder unter 3 Jahren und 96 % der Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt eine Einrichtung der frühkindlichen Bildung und Betreuung nutzen:

- Wir wenden uns bei der Kinderbetreuung in Europa gegen eine einseitige Lösung, die ausgehend vom berechtigten Anliegen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, darauf abzielt, die maximale Erwerbsbeteiligung der Eltern sicherzustellen – auf Kosten der Familien und auf lange Sicht auch auf Kosten der Nachhaltigkeit unseres Arbeitsmarktes.

- Wir rufen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, in die familiäre Kinderbetreuung mindestens ebenso zu investieren wie in die institutionelle Kinderbetreuung. Familien erbringen ihre Betreuungsleistungen unentgeltlich und sollten diese daher unter den bestmöglichen Bedingungen und Begleitumständen erbringen können.

Die FAFCE ruft die Mitgliedsstaaten der EU zu folgenden konkreten politischen Maßnahmen auf:

- Einführung eines familiengerechten Steuersystems, um die Benachteiligung von Eltern und Sorgepersonen zu verhindern
- Verbesserung des Zugangs der Eltern zu Mutterschutz, Vaterschaftsurlaub und Elternzeit
- Gewährleistung der elterlichen Wahlfreiheit bei der Entscheidung über die Aufteilung der Elternzeit zwischen dem Vater und der Mutter
- Förderung von flexiblen Arbeitsbedingungen für Eltern. Dazu gehören z.B. mobiles Arbeiten, Teilzeitarbeit, Still-, Wickel- und Kinderbetreuungsräume, Belohnung von Arbeitgebern, die Sorgepersonen Karriereoptionen in Teilzeit eröffnen
- Anerkennung des Rechts auf Nichterreichbarkeit und des arbeitsfreien Sonntags, als grundlegende Freiheit für jeden
- Anerkennung der unbezahlten Sorgearbeit als eine Kategorie von Arbeit, die folgende Rechte beinhaltet:
- Zugang zum Arbeitsmarkt auf der Grundlage von Arbeitsverträgen mit flexiblen Arbeitszeiten
- Anerkennung von Zusatzqualifikationen, die während der Sorgearbeit erworben werden
- Zugang zu Bildung, Berufsausbildung und Umschulung
- Rentenansprüche
- Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber Hausfrauen, Hausmännern, Großeltern und Sorgepersonen
- Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Europäischen Garantie für Kinder – unter Berücksichtigung der aktuell steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten
- Einleitung von zusätzlichen Notfallmaßnahmen für kinderreiche Familien und Familien mit einem behinderten Familienmitglied

Resolution der Mitgliederversammlung der FAFCE (gekürzt) - Paris, den 20. Oktober 2022

DV Bamberg

Domstr. 9, 96049 Bamberg, Tel.: 0951/5023545, Fax-49,
kontakt@familienbund-bamberg.de, www.familienbund-bamberg.de

GESPRÄCH DES DIÖZESANFAMILIENRATS MIT HANS WILL, LEITER DER ÖKOLOGISCHEN LAND-AKADEMIE FEUERSTEIN

Der Diözesanfamilienrat führte im Oktober ein Gespräch mit Hans Will, dem neuen Leiter und Geschäftsführer der Ökologischen Land-Akademie Feuerstein. Will ist seit Februar dieses Jahres für das überregional bekannte Haus tätig. Konsequenterweise nachhaltig und ökologisch ausgerichtet, führt die Ökologische Land-Akademie Feuerstein Kurse zu den Themen Familie und Soziales, Kultur und Religion, Umwelt, Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit durch. Zudem wird das Haus von verschiedensten Gruppen für Tagungen genutzt.

Zunächst informierte Hans Will über die aktuelle Situation. Ende September hat der Landvolkshochschule Feuerstein e. V. als Träger der Bildungseinrichtung beim Amtsgericht Bamberg einen Insolvenzantrag gestellt. Will erläuterte Hintergründe zur Beantragung der vorläufigen Insolvenz, die er als unumgänglich bezeichnete. Unter Aufsicht eines vorläufigen Insolvenzverwalters werde der laufende Betrieb zunächst uneingeschränkt fortgeführt. „Der Feuerstein ist ein wichtiger Ort für viele Menschen“, sagte Hans Will. „Hier ist ein besonderer Geist zu spüren.“ Daher sei es ihm ein großes Anliegen, dass das Bildungshaus weiter besteht. Derzeit prüfe man unter Führung des Insolvenzverwalters alle Optionen für eine Sanierung und Neuaufstellung.



Foto: FdK Bamberg

Der Geschäftsführer hob den besonderen Einsatz des Hauses im Bereich Ökologie hervor: Hier sei der Feuerstein führend. Der Diözesanfamilienrat machte deutlich, dass er die Bildungsarbeit der Ökologischen Land-Akademie Feuerstein sehr schätzt. Insbesondere die Angebote für Familien wie zum Beispiel die beliebten Pfingsterlebnistage oder die Vater-Kind-Wochenende, liegen den Mitgliedern des Diözesanfamilienrates am Herzen. Der Familienbund der Katholiken im Erzbistum Bamberg fördert diese familienstärkenden Maßnahmen seit vielen Jahren mit einem Zuschuss, damit sich alle Familien eine Auszeit leisten können. Der Diözesanfamilienrat möchte die Angebote für Familien auch weiterhin unterstützen. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Lage wurde vorgeschlagen, zukünftig nach dem Vorbild von gemeinnützigen Familienferienstätten mit zwei Preislisten zu arbeiten. An die finanzielle Leistungsfähigkeit der Familien angepasst, wird dort je nach Einkommen ein höherer oder niedrigerer Preis angesetzt. So könnte man einer Kostendeckung dieser Angebote näher kommen. Ein weiterer Ansatz seien Fördermöglichkeiten. Sowohl Hans Will als auch der Diözesanfamilienrat würden die gute Zusammenarbeit im Interesse der Familien gerne fortsetzen.

So wurde vereinbart, sich im nächsten Jahr wieder zu treffen – denn alle Beteiligten hoffen auf den Fortbestand des Feuersteins!

DV Paderborn

Kilianstrasse 26, 33089 Paderborn, Tel.: 05251 8795205, Fax: 05251 8795207,
E-Mail: a.schuett@familienbund-paderborn.de, Homepage: www.familienbund-paderborn.de

GRUNDLAGENSEMINAR SOZIAL- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK - QUALIFIZIERUNG FAMILIENBEAUFTRAGTE* R



Foto: FdK Paderborn

Mit 17 Kita-Leitungen und Erzieher*innen ist der Familienbund Paderborn nach einer coronabedingten Zwangspause endlich in das neue Grundlagenseminar Sozial- und Gesellschaftspolitik gestartet. Nachdem wir uns im ersten Modul mit dem Bundesgeschäftsführer Matthias Dantlgraber intensiv mit der Bundespolitik befasst haben, richteten wir unseren Blick im zweiten Modul mit der Landtagsabgeordneten der Grünen, Norika Creuzmann, auf die Landespolitik in NRW. Außerdem sind wir mit Nikita Splitt vom Queeren Netzwerk NRW e.V. intensiv in das Thema „Queer in der Kita“ eingestiegen.

DV Freiburg

Okenstr. 15, 79108 Freiburg, Tel.: 0761/51 44 203, Fax: 0761/51 44 76 203,

E-Mail: familienbund@seelsorgeamt-freiburg.de, Homepage: www.familienbund-freiburg.de

ABSCHLUSSFEIER DER FREIBURGER PROJEKTGRUPPE MUSTERKLAGEN



Foto: FdK Freiburg

Am 18. November 2022 fand im Familienbund Freiburg die Abschlussfeier der Projektgruppe Musterklagen statt. Die Klagefamilien, die Prozessbevollmächtigten und (juristischen) Berater*innen sowie das Familienbund-Leitungsteam kamen zu einem letzten Treffen zusammen, um gemeinsam Abschied zu feiern. Abschied voneinander, Abschied vom Thema Beitragsgerechtigkeit in den Sozialversicherungen (das jetzt auf Bundesebene weiterverfolgt wird) und Abschied von den vielen Erfahrungen und Erlebnissen auf dem langwierigen und steinigen Weg zum Bundesverfassungsgericht.

Da waren gute, aber auch viele frustrierende Erlebnisse dabei. Am niederschmetterndsten war der Bundesverfassungsgerichtsbeschluss selbst, als er am 25. Mai 2022 veröffentlicht wurde. Es hat schon viel Zeit gebraucht und wird auch immer noch Zeit

brauchen, bis diese Niederlage für die Familien in Deutschland verkräftet ist. Dazu hat unsere Abschlussfeier einen Beitrag geleistet: Jede*r von uns hatte die Möglichkeit, Dinge und Erfahrungen aus dem zurückliegenden Prozessweg symbolisch ad acta zu legen, wegzupacken, zu begraben. Zugleich konnten wir aber auch unseren Wünschen und Hoffnungen Raum geben. Frei nach „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“ legten wir eine Birne mit ins Grab der Musterklagen in der Hoffnung, dass dieser Prozess in Zukunft vielleicht doch noch Früchte tragen wird: „Und im dritten Jahr aus dem stillen Haus...“

Schließlich war auch die Zeit, danke zu sagen: den Klagefamilien, den Prozessbevollmächtigten und allen, die die Musterklagen mitunterstützt haben. Bei einem wunderbaren gemeinsamen Dinner ließen wir den Abend ausklingen, so dass am Ende alle doch frohen Mutes nach Hause fahren konnten. Damit ist die Arbeit der Projektgruppe Musterklagen nun offiziell beendet und der Familienbund Freiburg wird sich neuen spannenden Themen zuwenden.

SAVE THE DATE ZUM RENTENMODELL

Der Familienbund ist seit längerem im Rentenbündnis der katholischen Verbände beteiligt, aus dem schließlich das sogenannte „Cappuccino-Modell“ der katholischen Verbände aus Sockel- und Beitragsrente entstanden ist. Vor einiger Zeit gab es einen Vorschlag zur Weiterentwicklung des bestehenden Rentenmodells durch die AG-Rente des Bündnisses, der in den zurückliegenden Monaten innerhalb des Sachausschusses Steuern, Transfers und Soziale Sicherung sehr intensiv diskutiert wurde. Die Vorschläge der AG-Rente basieren wiederum in zentralen Punkten auf Reformideen des Kolpingwerks.

Wir möchten allen Renteninteressierten des Familienbunds die Zwischenergebnisse dieser Diskussionen gern zu Beginn des Jahres 2023 vorstellen und damit die Debatte auch intern fortsetzen. Die Veranstaltung selbst befindet sich derzeit noch in Planung, aber über das Datum möchten wir Sie und euch bereits heute informieren:

Am Donnerstag, 19. Januar 2023, von ca. 17.00 – 20.30 Uhr
(mit Pause für das Abendessen)
Digitaler und diskursiver Austausch
zum Vorschlag der AG-Rente
zur Weiterentwicklung des Rentenmodells der katholischen Verbände

Und wer zuvor gern das „alte“ Rentenmodell kennenlernen oder seine Kenntnisse dazu auffrischen möchte:

Am Mittwoch, 18. Januar 2023, von 19.00 bis 20.00 Uhr
Digitale Einführung ins bisherige Rentenmodell der katholischen Verbände von Annette Seier, KAB

Bei Interesse an der Veranstaltung, melden Sie sich bitte unter stimme@familienbund.org.

RECHTSECKE

PFLICHT VON BESTATTUNG AUF DEM FRIEDHOF BLEIBT ERHALTEN

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz (Az.: 7 A 10437/22.OVG)

Ein Mann möchte an der unter Denkmalschutz stehenden Hofkapelle beerdigt werden, die sich auf seinem Grundstück befindet. Alle Kinder sind verzogen und könnten sich nicht um die Grabpflege kümmern, so beantragt er die Genehmigung für einen privaten Bestattungsplatz direkt an der Kapelle. Am zuständigen Verwaltungsgericht bekommt er Recht. Im Berufungsverfahren durch die Kreisverwaltung am Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz wurde folgend entschieden: "Die vom Gesetzgeber angestrebte Wahrung der Totenruhe lässt nur in Ausnahmefällen eine Bestattung außerhalb des Friedhofs zu. Zwar ist in einigen Bundesländern der Friedhofszwang für die Beisetzung von Ascheresten bereits gelockert worden. Dennoch hält es der weit überwiegende Teil der Gesellschaft immer noch für geboten, an der Friedhofsbestattung festzuhalten." Der private Bestattungsplatz auf seinem Grundstück ist also nicht genehmigt.

DEZEMBER-ENTLASTUNG FÜR GAS- UND WÄRMEKUNDEN

Haushaltskunden und kleinere Unternehmen mit einem Jahresverbrauch bis zu 1.500 Megawattstunden Gas werden durch die einmalige Soforthilfe von den gestiegenen Kosten entlastet. Unabhängig vom Jahresverbrauch hilfeberechtigt sind unter anderem Pflege-, Rehabilitations- und Forschungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Wohnungseigentümergeinschaften. Für die Betroffenen entfällt die Pflicht, die vertraglich vereinbarten Abschlagszahlungen für den Monat Dezember zu leisten. Bei der Wärmeversorgung erfolgt die Entlastung durch eine pauschale Zahlung, die sich im Wesentlichen an der Höhe des im September gezahlten Abschlags bemisst.

EINHEITLICHER MINDESTLOHN TRIFFT AUF GROSSE REGIONALE UNTERSCHIEDE

Die Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro zum Oktober 2022 betrifft die Regionen in Deutschland unterschiedlich stark. Vor allem in den neuen Bundesländern und den ländlichen Regionen der alten Bundesländer sind viele Beschäftigte von der Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro betroffen. In diesen Regionen ist der Anteil an Beschäftigten mit Stundenlöhnen unterhalb dieser Schwelle deutlich höher als anderswo. Darüber hinaus führen die niedrigeren Preise für Wohnraum sowie für lokale Güter und Dienstleistungen dazu, dass die Kaufkraft durch die Erhöhung im Vergleich zu den hochpreisigen Ballungsräumen stärker zunimmt.

Im Süden, im Südwesten sowie in Berlin und den Ballungsräumen des Westens trifft die Mindestlohnerhöhung hingegen vergleichsweise weniger Beschäftigte. In Regionen mit einem hohen Preis- und Lohnniveau liegt dagegen nur ein kleiner Anteil der Beschäftigungsverhältnisse unter dem Mindestlohn. „In Regionen mit hohen Lebenshaltungskosten besteht ein höherer Spielraum für eine Anhebung des Mindestlohns“, erklärt Wolfgang Dauth, Leiter des Forschungsbereichs „Regionale Arbeitsmärkte“. Ein einheitlicher Mindestlohn berücksichtigt diese regionalen Lohn- und Preisunterschiede nicht. „Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wäre es denkbar, den Mindestlohn bei zukünftigen Anpassungen auf Basis von Preisniveauunterschieden zu regionalisieren. Damit wären nach dem Mindestlohn entlohnte Beschäftigte in allen Regionen hinsichtlich ihrer Kaufkraft annähernd gleichgestellt“, so Andreas Mense, Mitautor der Studie, „Dabei wären jedoch Vor- und Nachteile abzuwägen“.

Die Studie beruht auf den Daten der Verdienststrukturerhebung (VSE) des Statistischen Bundesamtes, einer repräsentativen Befragung von Betriebsstätten mit mindestens einer sozialversicherungspflichtig beschäftigten Person in Deutschland.



GEN-ZUKUNFT - ZUKUNFTDISKURSE - JUGENDLICHE GESTALTEN DEN WANDEL

Wie wollen wir in Zukunft leben? Wie sollen verschiedene Bereiche der Gesellschaft – politische Partizipation, Diversität, Inklusion, Mobilitätswende, alternatives Wirtschaften, Social Media – aussehen? Wie kann eine nachhaltige und faire Welt für alle im Zusammenhang mit Postwachstum aussehen? Und wie bekommen wir das hin? Das alles sind Fragen, die wir zusammen mit jungen Menschen – der sogenannten Generation Z (kurz: Gen Z) – an sechs thematisch verschiedenen Abendveranstaltungen mit Podiumsdiskussionen angehen wollen. Über die Zukunftsdiskurse „Jugendliche gestalten den Wandel“ wird ein Raum geschaffen, in dem junge Menschen sich über Facetten einer „Transformation unserer Welt“ für eine zukunftsfähige Gesellschaft austauschen können, welche Visionen, Wünsche und Vorstellungen sie von einer nachhaltigen Gesellschaft haben und wie diese umgesetzt werden können.

Moderiert werden die Podiumsdiskussionen von Mitarbeiter*innen des Fachgebiets Didaktik der Geographie am Institut für Didaktik der Naturwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover : Lara Brede, Lydia Heilen, Tomke van Hove, Dr. Tsiry Rakotoarisoa.

Projektleitung: Prof. Dr. Christiane Meyer und Dr. Andreas Eberth

Projektförderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) im Rahmen der Ausschreibung „Zukunftsdiskurse“ aus Mitteln des Niedersächsischen Vorab. <https://gen-zukunft.de/>

WOHNGELD PLUS FÜR ZWEI MILLIONEN HAUSHALTE

Ab 2023 bekommen zwei Millionen Haushalte mit kleinen Einkommen Anspruch auf Wohngeld – heute sind es 600.000. Das neue „Wohngeld Plus“ wird deutlich höher sein: Im Schnitt wird das Wohngeld verdoppelt. Mit einer dauerhaften Heizkostenkomponente sorgt die Bundesregierung zudem dafür, dass die Menschen die steigenden Heizkosten bezahlen können.

Die Höhe des Wohngeldes berechnet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, der zu berücksichtigenden Miete des Wohnraums oder der Belastung bei selbstgenutztem Wohneigentum sowie dem Gesamteinkommen der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder. Die genaue Wohngeldhöhe wird vom örtlichen Wohngeldamt geprüft und festgelegt.

Eine dauerhafte Heizkostenkomponente soll die steigenden Energiekosten abfedern, eine Klimakomponente soll erstmals Kosten, etwa für energetische Gebäudesanierung, dämpfen.

Die neue Heizkostenkomponente beträgt 2,00 Euro pro Quadratmeter. Sie wird bei der Wohngeldberechnung zugeschlagen. Bei der regelmäßigen Anpassung des Wohngeldes wird die Höhe der Komponente erstmalig am 1. Januar 2024 überprüft. Damit bekommen Bürgerinnen und Bürger Sicherheit, dass sie ihre Heizkosten dauerhaft bezahlen können.

Um in diesem Jahr schnell zu helfen, erhalten die bisher rund 600.000 Wohngeldhaushalte für die Heizperiode von September bis Dezember 2022 einen zweiten Heizkostenzuschuss. Einen erster, einmaliger Heizkostenzuschuss haben sie bereits im Sommer dieses Jahres erhalten.

WIE GEFÄHRLICH SIND DIGITALE MEDIEN FÜR DIE DEMOKRATIE?

Eine Übersichtsarbeit zeigt deutliche Einflüsse auf Faktoren wie Vertrauen, Partizipation, Populismus und Polarisierung.

Eine der umstrittensten Fragen unserer Zeit ist, ob die rasante weltweite Verbreitung digitaler Medien mitverantwortlich ist für eine Schwächung der Demokratie. Während Öffentlichkeit und Politik die Risiken sozialer Medien breit diskutieren, argumentieren Technologieunternehmen, dass die Auswirkungen nicht eindeutig belegt sind. Pauschal zu verteufeln sind digitale Medien sicherlich nicht. Allerdings können sie Polarisierung und Populismus – besonders in etablierten Demokratien – befeuern. Darauf weist eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, der Hertie School in Berlin und der University of Bristol hin.

Für die einen gelten digitale Medien als Gefahr für die Demokratie, für die anderen bedeuten sie die Chance auf mehr Partizipation für Bürgerinnen und Bürger. Ein Forschungsteam des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, der Hertie School und der University Bristol hat sich in einer Übersichtsarbeit damit beschäftigt, ob und wie sich digitale Medien auf politische Verhaltensweisen auswirken. Dafür haben die Forschenden korrelative und kausale Belege aus fast 500 wissenschaftlichen Artikeln über den Zusammenhang zwischen digitalen Medien und Demokratie weltweit zusammengefasst und in der Zeitschrift *Nature Human Behaviour* veröffentlicht.



RÜCKBLICK



ÄRMERE HAUSHALTE SPENDEN ANTEILIG AM VERFÜGBAREN EINKOMMEN MEHR ALS EINKOMMENSSTARKE HAUSHALTE

2019 stieg das Spendenvolumen auf mehr als zehn Milliarden Euro. Dabei trugen die einkommensstärksten 10 % der Haushalte 37 % zum Spendenaufkommen bei. Anteilig am verfügbaren Einkommen aber gaben die einkommensschwächsten Spenderhaushalte mit knapp zwei Prozent des verfügbaren Einkommens doppelt so viel wie die einkommensstärksten. Insgesamt ist das Spendenvolumen in Deutschland von 9,7 im Jahr 2017 auf 10,3 Milliarden Euro im Jahr 2019 gestiegen. In den beiden Pandemie-jahren 2020 und 2021 legte das Volumen noch mal deutlich zu. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI), für die die Befragungsdaten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) für das Berichtsjahr 2019 sowie der DZI Spenden-Index für die Jahre 2020 und 2021 herangezogen wurden. Deutlich zeigte sich, dass Frauen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit spenden als Männer. Die Spendenwahrscheinlichkeit stieg zudem mit höherer Bildung und zunehmendem Alter. Ostdeutsche spendeten deutlich seltener als Westdeutsche, was nach Ansicht der Studienautoren insbesondere auf die seltenere Kirchenzugehörigkeit zurückzuführen ist.

Im Schnitt gab etwa jeder zweite Haushalt in Deutschland im Jahr 2019 durchschnittlich 450 Euro für gute Zwecke. Relativ zum Einkommen aber war das unterste Einkommensdezil mit 1,9 Prozent doppelt so spendabel wie das oberste Dezil mit 0,9 Prozent, sofern die Haushalte sich zu einer Spende entschlossen.



Fotos: Cathy Schneider

Herzlichen Dank an Paderborn!

EPOCHENBRUCH - WIEDERGEURT DER INFLATION?

Die Welt befindet sich zugleich in einer tiefen Krise, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, und am Beginn einer neuen Epoche. Die Versorgungssicherheit im Energiebereich ist gefährdet. Die Preise für fossile Energien explodieren, und mit ihnen hat die Inflation stark an Fahrt aufgenommen. Die Gewissheiten aus der alten Zeit sind unwiederbringlich verloren. Eine neue Zeit, eine neue Epoche, hat begonnen. Noch aber gibt es keine neuen Gewissheiten, die den Platz der alten ausfüllen könnten. Die DIW Vierteljahrshefte 2–4/2022 beleuchten die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen infolge des Epochenbruchs. Die drei Bände liefern (Zwischen-)Bestandsaufnahmen und erste Lehren. Vieles davon wird bleiben und auch dann noch wirken, wenn der Ukrainekrieg längst zu Ende gegangen ist. Das Vierteljahrsheft 2/2022 analysiert die neue gesamtwirtschaftliche Situation, insbesondere aber die Frage, wie mit der hohen Inflation des Jahres 2022 umzugehen ist.

Diverse Autor*innen
Epochenbruch - Wiedergeburt der Inflation

Duncker & Humboldt,
2022. 110 S., br.,
79,90 Euro.



WORKING CLASS - WARUM WIR ARBEIT BRAUCHEN, VON DER WIR LEBEN KÖNNEN

Die Generation nach den Babyboomern ist die erste nach dem Zweiten Weltkrieg, die ihre Eltern mehrheitlich nicht wirtschaftlich übertreffen wird. Obwohl die Wirtschaft ein Jahrzehnt lang wuchs, besitzt die Mehrheit in diesem Land kaum Kapital, kein Vermögen. Doch sich Wohlstand aus eigener Kraft zu erarbeiten ist schwieriger geworden, insbesondere für die, die heute unter 45 sind. Die Hälfte von ihnen fürchtet, im Alter arm zu sein. Was sind die Ursachen für diesen großen gesellschaftlichen Umbruch, wann fing es an?

Julia Friedrichs spricht mit Wissenschaftlern, Experten und Politikern. Vor allem aber begleitet sie Menschen, die dachten, dass Arbeit sie durchs Leben trägt, die reinigen, unterrichten, Tag für Tag ins Büro gehen und merken, dass es doch nicht reicht. Sie sind die ungehörte Hälfte des Landes. Dieses Buch erzählt ihre Geschichte.

Julia Friedrichs
Working Class

Piper Verlag, Bonn 2021.
320 S., br., erscheint
01/23
14 Euro.

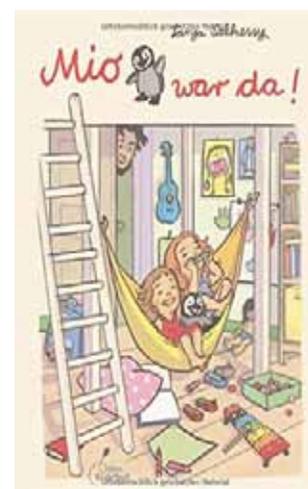


MIO WAR DA

Mio ist der Stoffpinguin der ersten Klasse. Jeden Tag darf er mit einem anderen Kind nach Hause gehen. Er beschreibt aus seiner Sicht ganz sachlich und unvoreingenommen die unterschiedlichen Verhältnisse. Mal hat er Spaß und wird besungen und unterhalten, mal muss er sich mit dem Kind verstecken, bis der Partner der Mutter aus dem Haus gegangen ist und man mit der Mama inmitten von Bierdosen Fernsehen kann. Es gibt Riesenfamilien mit viel Lärm (nur schade, dass man ihn im Ranzen vergisst) und Kinder, die nachmittags allein sind. Er erlebt Familien jeder Couleur, arme und reiche, große und kleine, lustige und traurige. Mal freut man sich mit Mio, mal leidet man mit ihm..

Tanja Székessy
Mio war da!

Klett Kinderbuch,
2019. 40 S., gebunden,
14 Euro.



Folgen Sie dem Präsidenten des Familienbundes der Katholiken auf Twitter
@praesidentfdk – Ihr direkter Draht zu unseren familien-, sozialpolitischen und kirchlichen Themen!

FRAGEN AN MARIA BLUMENRÖHR

1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?

Ich glaube, das kann ich nicht an einem Moment festmachen. Manchmal ist es ein Kaffee am Morgen oder Omas Möhreentopf, wenn ich zu Besuch bin. Ein neues Musikalbum meiner Lieblingskünstler hören, an unserem Bulli tüfteln, einen schönen Slowfox mit meiner Partnerin tanzen,...

2. Wer hat Sie geprägt?

Meine Familie und der Familienbund Paderborn. Aufgewachsen bin ich mit zwei Geschwistern, meinen Eltern und Großeltern in einem Haus. Da wurde immer geholfen und geteilt, zusammen klappt eben alles besser. Durch meine Familie habe ich dann den Weg zum Familienbund Paderborn gefunden. Die Arbeit mit Familien in Bildungsseminaren hat mir so viele schöne Begegnungen und Dialoge eröffnet, aus denen ich immer wieder Kraft ziehen kann.

3. Als Kind wollte ich immer ...

Hinterfragen, alles auseinanderschrauben und verstehen. Im Kindergarten habe ich mir ein Mikroskop gewünscht. Was anderes kam für mich damals nicht in Frage. Vielleicht ist mir deshalb die Aussage „das wurde schon immer so gemacht“, bis heute ein Rätsel.

4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?

Mein duales Studium ermöglichte mir in 4 verschiedenen Bundesländern zu wohnen. Es ist wahnsinnig spannend, wie unterschiedlich die Natur, die Dialekte und Menschen sind, denen man begegnet. Diese Vielfalt erleben zu dürfen möchte ich nicht missen.

5. Wozu können Sie nicht nein sagen?

Vollnusschokolade.

6. Eine der besten Erfindungen ist ...

... das Internet, wenn auch Fluch und Segen zugleich.

7. Ihre liebste Bibelstelle?

Aktuell die Feuersäule beim Auszug aus Ägypten. Der Gedanke, dass wir durch ein Zeichen unseren Weg wiederfinden oder beibehalten können, beruhigt und erdet mich. Wir müssen nur aufmerksam sein, um heute noch Feuersäulen finden zu können.

8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?

Da habe ich ehrlich gesagt noch nie drüber nachgedacht. Für mich zählt eher das Heute. Wer weiß schon, wann und ob der Lebensabend kommt.

9. Was ist für Sie „zu Hause“?

Jede Gesellschaft, bei der ich so sein kann, wie ich bin, ohne mich verstellen zu müssen.

10. Wenn Sie Bundeskanzlerin wären, was würden Sie als erstes tun?

Aufstehen und einen Kaffee kochen. Politiker sind auch nur Menschen, manchmal habe ich das Gefühl, dass dieser Umstand etwas vergessen wird.

11. Bitte vervollständigen Sie den Satz: „Familie bedeutet für mich ...

... die Gewissheit zu haben, dass immer jemand da ist, egal wo mich das Leben hinführt.



Maria Blumenröhr

Projektleiterin im Bereich Software-Entwicklung Embedded Systems, Vorstandsmitglied im DV Paderborn, Präsidiumsmitglied im Bundesverband des Familienbundes der Katholiken

Foto: privat